

# Beilage zu Nummer 159 der Volksstimme.

Montag den 10. Juli 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 10. Juli 1916.

### „Traurig und ekelerregend.“

Das „Anzeigebblatt der Bergstraße“ aus Zwingenberg veröffentlicht eine bezeichnende Zuschrift, die wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Sie lautet: „Die Einführung der Höchstpreise für Obst hatte für den hiesigen Obstmarkt insofern eine recht ungünstige Wirkung, als die Zufuhr sofort vom ersten Tage an auf ein Drittel und mehr sank. Gerade diejenigen Obstzüchter, die bei den diesjährigen hohen Preisen ein glänzendes Geschäft gemacht hatten, waren die ersten, die dem Markt den Rücken kehrten. Verglichen mit der Begeisterung und Treue, die bei der Gründung des Marktes im Jahre 1911 an den Tag gelegt wurde, muß die schäbige, schmutzige Sinnesart der betreffenden Herren als eine recht traurige, ja geradezu ekelerregende Erscheinung angesehen werden, insbesondere auch schon um deswillen, weil sich einige nicht scheuten, auch noch obendrein die Höchstpreise dadurch zu umgehen, daß sie für Obst, das in ihren Gärten abgeerntet wurde, den Verbraucherpreis, statt den Erzeugerpreis abzunehmen.“

Das Urteil dieser Zeitung ist hart, aber durchaus zutreffend. Zu bemerken ist dazu, daß außer diesen Erscheinungen manches andere, was wir seit Ausbruch des Krieges erlebt haben und beobachten konnten, traurig und ekelerregend ist.

### Ein originelles Schriftstück.

Wie die staatlichen Behörden, wo sie dazu in der Lage sind, ihren Einfluß geltend machen, um die jungen Leute in die Jugendwehr hineinzupressen, geht aus nachfolgendem Schriftstück hervor:

Königliches Amtsgericht Bad Homburg!

Altengießen. Datum.

Die Sorge für unser Vaterland macht es allen Vormündern zur Pflicht, ihre Mündel zur Beteiligung an der Jugendwehr anzuhelfen. Sie wollen daher das Erforderliche bezüglich Ihres Mündels (sollt Name) veranlassen und uns binnen 3 Wochen berichten, ob Ihr Mündel der Jugendwehr beigetreten ist. Auf richterliche Anordnung.

Unterschrift unleserlich. Titel Rechnungsrat. Gerichtsschreiber. Königl. Amtsgericht.

Soweit dies originelle Schriftstück. Wir sind der Ansicht, daß das Vormundschaftsgericht hier seine Befugnisse überschreitet. Die Jugendpflicht zur Jugendwehr ist eine freiwillige, deshalb hat auch ein Vormund nicht die Verpflichtung, sein Mündel zu veranlassen, der Jugendwehr beizutreten. Was will der Herr Rechnungsrat dagegen tun, wenn ein Mündel mit Zustimmung des Vormunds der Arbeitertätigkeit angehört?

Vom Postverkehr mit dem Osten. Der private Post- und Telegrammverkehr zwischen Deutschland und dem Ostgebiet des Ober-Schlesien Ost ist unter den bekannten Bedingungen jetzt auch auf die im Ostgebiet Ost liegenden Orte Bialowie, Brzostow, Biala, Gdingen, Janow, Vido, Lomna, Koffienie, Kuffisch-Krotingen, Swislog, Talsen, Telsze und Tadam ausgedehnt worden.

## Aus dem Kreise Wiesbaden.

Viebrich, 9. Juli. (Aus der Partei.) In der Mitgliederversammlung vom Samstag wurde der Bericht der Bezirkskonferenz entgegengenommen. Denselben gab Genosse Hofmann; anschließend folgte eine lebhafte Debatte ein. Genosse Scheffler erklärte, daß er unter keinen Umständen mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden sei, wundert sich über die hohe Hysterie der Delegierten nach den heutigen Verhältnissen. Genosse Hübmann schließt sich den Ausführungen Schefflers an, und bedauert besonders den Beschluß der Konferenz, der der „Volksstimme“ den offiziellen Charakter als Parteiblatt des Bezirks abspricht. Genosse Stolz teilte die Ansicht der beiden Vorredner und erinnert an die Konsequenzen dieses Beschlusses bei zukünftigen Agitationen für die Parteipresse. Die Genossen Jakob und Schmidt sind voll und ganz mit den Beschlüssen einverstanden. Unter Parteiangelegenheiten wurden noch einige Fragen der Lebensmittellieferung besprochen und gewünscht, daß die nächste Versammlung sich mit volkswirtschaftlichen Fragen befaßt.

Schierstein, 8. Juli. (Gemeinderatsitzung.) Gestern Abend fand eine Sitzung der Gemeinderatsitzung statt. Die durch Tod des Lehrers Schuster erledigte Lehrerstelle soll unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse in eine Lehrerinnenstelle umgewandelt werden, da es als ausgeschlossen zu betrachten ist, einen Lehrer zu erhalten. Eine Nichtbelegung der Stelle ist nicht ratsam, da zurzeit vier Herren fehlen. Auf Vorschlag der Kriegsfürsorgekommission ist die Bildung einer dauernden Armenpflege beschlossen. Die Wahl der Mitglieder erfolgt in der nächsten Sitzung. Die Genehmigung der Königl. Regierung zur Erhebung der Steuerzuschläge wurde bekannt gegeben. Die Versteigerung der Grundstücke mit einem Erlöse von 30.70 Mark wurde in Anbetracht des guten Erfolges genehmigt. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Felddiebstähle, die voraussichtlich noch zunehmen, wurde die Wahl von 7 Ehrenfeldhütern vorgenommen. Gewählt wurden die Herren A. Großmann, A. Saas Jr., S. Geins, G. Kunz, L. Kessel Jr., A. Schäfer Jr. und A. Sterl.

Sonnenberg, 9. Juli. (Unfall.) Am 7. d. M. erlitt der zur Feuerwehr in Wiesbaden vom Militär abkommandierte Maurer Christian Dör von hier gelegentlich einer Fahrt einen Unfall, der leicht ersteckliche Folgen haben konnte. Das Pferd scheute in der Rothringstraße und schleifte den Mann am Boden nach, wobei dieser schwere Verletzungen am Kopf und einige Rippenbrüche davontrug. Dör befindet sich aber wieder auf dem Weg der Besserung und ist weitere Gefahr ausgeschlossen.

## Aus den umliegenden Kreisen.

Höchst a. M., 10. Juli. (Höchstpreise für Frühkartoffeln.) Der Kreisaußschuß hat in seiner Freitagssitzung Höchstpreise für die Frühkartoffeln festgesetzt, und zwar sollen vom 15. bis 31. Juli 12 Mark, vom 1. bis 15. August

10 Mark und dann nur 8 Mark genommen werden dürfen. Also in der nächsten Zeit 12 Mark. Seit Wochen hungert das Gros der Bevölkerung und nun hat die arme Arbeiterschaft die Gewissheit, daß unter dem Brei von 12 Mark auch keine Kartoffeln zu haben sind. Wenn man nicht die Gründe kennen würde, die den Kreisaußschuß veranlaßt haben, den Preis so hoch zu setzen, müßte gegen diese Maßnahme ganz energig protestiert werden. Es steht aber so: Wäre ein angemessener Preis — sagen wir von höchstens 10 Mark — festgesetzt worden, dann hätte der größte Teil der Landwirte — im gewöhnlichen Leben sind alle Patrioten — mit der Kartoffellieferung zurückgehalten, auch wenn das ärmere Volk noch mehr hätte hungern müssen. Immer wieder begegnen wir in landwirtschaftlichen Kreisen Mangel an Obertreue. Sie sind aber noch nie vor die festesten Stützen des Staates! Aber kosten darf es nichts. Wegen 2 Mark für den Rentner kann das „Vaterland“ zu Grunde gehen.

Schwanheim, 8. Juli. (Verkauf von Bohnen, Griech und Teigwaren.) Dienstag den 11. Juli wird in den Verkaufsstellen unter Vorlage der Hilfenstratetarten verkauft. Weizengriech an die Nr. 146—1298, Preis 44 Pfg. das Pfund, weiße Bohnen an die Nr. 1—1015, Preis 48 Pfg. das Pfund, Teigwaren an die Nr. 1—1298, Preis 64 Pfg. das Pfund; es erhalten pro Kopf 100 Gramm.

Oberhessbach, 10. Juli. (Nahrungsmittelverteilung.) In der Gemeindeverwaltung müssen, was die Nahrungsmittelverteilung betrifft, noch sehr viel lernen. Bei der Fleischverteilung usw. gibt es sehr viel Klagen und man darf wohl erwarten, daß unsere Vertreter in der Gemeindevollversammlung einmal ganz energig diese Angelegenheit verfolgen. Eine interessante Beobachtung konnte bei der Zuteilung des Einmachgutes gemacht werden. Zunächst wurden die Bestellungen entgegengenommen. Während die Bescheidene nur 10, höchstens aber 20 Pfund bestellte, stellten sich andere auf den Standpunkt: „Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne sie“, und verlangten 80, 100, je sogar 150 Pfund. Statt daß nun der Herr Bürgermeister die Ration auf den Kopf der Bevölkerung verteilt hätte, besaßen die Interessierten 15 Prozent des bestellten Quantums. Und die Folge? Wer 100 Pfund bestellt hatte, bekam 15 Pfund Zucker, die bescheidene Frau, die nur 10 Pfund bestellte, also sich auf das nötige beschränkt hatte, bekam ganze 1 1/2 Pfund Zucker. Wir finden für einen solchen Verteilungsmodus wirklich keine Worte. Ein klein wenig mehr Organisationstalent hätten wir dem Bürgermeister schon zugezählt.

Genau, 10. Juli. (Vom Arbeitsmarkt.) Auf der städtischen Arbeitsvermittlungstelle meldeten sich: Arbeitsuchende: 1 Gattenerbeiter, 1 Kantist, 1 Schreiber, 4 Fabrikarbeiter, 3 Hausfrauen, 5 Tagelöhner, 2 Monatsfrauen, 1 Kettenmacherin und 1 Verkäuferin für Schuhgeschäft. Gesucht werden: 1 landwirtschaftlicher Arbeiter, 1 Viehhüter, mehrere Silberarbeiter, 1 älterer Spengler und Installateur, 1 Mechaniker, mehrere Wäschkreimer, 1 Schuhmacher, mehrere Maurer, 1 Kofferer, einige Fabrikarbeiter über 18 Jahre, 2 kräftige Fabrikarbeiter, 1 Fuhrmann, 1 Hausburche für Hotel, 1 Hausburche für Kolonialwarengeschäft, 1 Koffer, der Zigaretten machen kann, mehrere Erdbauer und Bautagelöhner, einige kräftige Tagelöhner, einige kräftige Fabrikarbeiterinnen, 2 Monatsfrauen und 9 Dienstmädchen nach hier. Nach auswärts: 2 landwirtschaftliche Knechte, 1 Steinhaue, 1 Schlosser, 1 Heizer, 1 Fuhrmann, 5 landw. Dienstmädchen, 4 landw. Arbeiterinnen und 1 Modellierlehrling.

Genau, 10. Juli. (Neue Höchstpreise für Kalbfleisch.) Im Stadt- und Landkreis Hanau gelten jetzt nach einer Bekanntmachung des Magistrats und des Kreisaußschusses folgende Preise für das Pfund Kalbfleisch: Kalbfleisch (Beilage nicht über 43% Prozent) 1.60 Mark, Schnitzel und Bratenfleisch 2.60 Mark, Leber 2.20 Mark, Herz und Lungen zusammen 80 Pfennig, Milcher 2.20 Mark, Knochen besonders 30 Pfennig, Kopf mit Junge je nach Größe das Stück 2.80 bis 4.80 Mark, Kopf ohne Junge je nach Größe das Stück 2.30 bis 3.30 Mark, Magen und Gekröse das Stück 80 Pfennig, Füße das Stück 40 Pfennig.

Genau, 10. Juli. (Besondere Zuweisung von Lebensmitteln für Industrie- und Bergarbeiter.) Durch das Kriegsernährungsamt ist eine gewisse Menge von Fleisch, Speisefett und Hülsenfrüchten für bestimmte Arten von Berg- und Industriearbeitern den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. Für den hiesigen Wirtschaftsbezirk fordern deshalb Kreisaußschuß und Magistrat die in Frage kommenden Industriebetriebe auf, unverzüglich eine Liste mit Namen, Wohnort und Beschäftigungsart der nach ihrer Meinung zu berücksichtigenden Arbeiter an den Betriebsaufsichtsbeamten, Gewerbeinspektor Guttmacher, Hanau, Sandelmann 13, einzureichen. In Frage kommen Bergarbeiter unter Tag, Arbeiter an Hofsöfen der Gasanstalten, Feuerarbeiter der Großindustrie z. B. Gläser, Schmelzer usw. an Hofsöfen, Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie, die an warmem Metall arbeiten, also Schmelter, Gießer, Former, Arbeiter in Metallgießereien, die den oben angeführten entsprechen, also Arbeiter an Warmpressen, an Walzen- und Glühöfen und in der Harterei, Arbeiter in Metall-Gießereien, sofern die Arbeit den der oben angeführten Arbeitsarten entspricht, Arbeiter der chemischen Großindustrie, die unter Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben, Schmelzen, Ofen- und Hammerleuten der Maschinen- und Kleinindustrie, sofern sie für den Kriegsbedarf arbeiten, Kesselheizer der vorgenannten Industrien sowie Kesselheizer überhaupt in anderen Industriearten, sofern sie in regelmäßiger Tag- und Nachtarbeit arbeiten, in der Zeit, in der sie die Nachschichten leisten. Wir ersuchen die Arbeiter, ihre Arbeitsorte auf vorliegende Bestimmungen aufmerksam zu machen, damit die Anmeldung rechtzeitig erfolgt.

Gelshausen, 9. Juli. (Geld für verheiratetes Getreide.) Betsagend ist folgende Aufforderung des Kreis-Außschusses Gelshausen: „Die Herren Bürgermeister werden gebeten, das Geld für das verheiratete Getreide von nächsten Dienstag ab in der Kreisämmer in Empfang zu nehmen.“

Schlüchtern, 9. Juli. (Wegen Negerfreierung der Wuterschätspreise.) Verurteilte des Schöffengericht den Kaufmann Schomann in Breitenbach und die Witwe Kraushaar zu 40 bis 60 Mark Geldstrafe und den Landwirt Peter Wolf zu Salbmünster zu 60 Mark Geldstrafe.

Freiberg, 9. Juli. (Die Rechnung der Stadtkasse.) Schließt für das Geschäftsjahr 1914 mit einem Ueberschuß von 129 119 Mark ab. Der Voranschlag der Stadtkasse für 1916 weist in Einnahmen und Ausgaben 815 473 Mark auf. Das Jahr 1916 bringt den steuerpflichtigen Bürgern eine Erhöhung der Einkommensteuer von 120 auf 126 und der Vermögenssteuer von 16 auf 22 Prozent.

Badenhausen, 9. Juli. (Tödl. Verunglückte Kinder.) In Harpertshausen kam der 13jährige Schüler Reuß durch einen unglücklichen Zufall dem Absterben der elterlichen Mühle zu nahe.

und wurde totgebrütet. — Bei dem Sturz von einem Wagen fand in Oberoden der jugendliche Sohn des Landwirts Franz Graf einen raschen Tod.

Darmstadt, 10. Juli. (Zur Fleischversorgung.) In Darmstadt und Schwanheim, die der Oberbürgermeister bekannt, daß mit sofortiger Wirkung jede Fleischabgabe ohne Fleischmarken an Fremde verboten ist, nachdem es sich herausgestellt hat, daß mit der Abgabe von Fleisch an tagüber hier anwesende Fremde Mißbrauch getrieben wird. Auch gegen Empfangsbefcheinigungen darf kein Fleisch mehr abgegeben werden. Es steht aber jedem Fremden, der sich tagüber hier aufhält und der sich ausweisen kann, frei, Fleischmarken beim städtischen Fleischamt abzuholen. Jeglicher der hier übernachtenden Fremden, die in den Gasthäusern, oder auf dem Markt, Fleischmarken erhalten, bleibt es bei den seitigen Bestimmungen. Die Wirtin haben die ihnen überlieferten Fleischempfangsbefcheinigungen zurückzugeben.

Gießen, 9. Juli. (Eine Zigeuner-Tagelohn Die.) In ein wahres Labyrinth von Durchflüssen und Schieberen leuchtete die gegen 15—20 Zigeuner geführte polizeiliche Untersuchung wegen Entziehung von militärischem Dienst. Da die braunen Gefellen sich meistens so ähnlich sehen wie ein Ei dem anderen, dauerte es lange Zeit, bis wirklich Ordnung in den Papieren und Personalien der Herren geschaffen war. Bei der Anmeldung mehrerer Zigeuner stellte es sich heraus, daß die Militärführer Heinrich Heidorn und Peter Delis zwar Ausmusterungsscheine besaßen, daß Heidorn aber als Jugendknecht vom Heeresdienst ausgeschlossen ist und Delis ein D.-L.-Mann war. Bei der Durchsicht der Heidornschen Extraktanten ergab es sich aber, daß der Mann gar nicht der richtige Heidorn war. Er gelang schließlich, der Zigeuner Nikolaus Schuhmacher zu sein. Auch der Peter Delis war nicht der richtige Delis, da er gar nicht die auf seinem D.-L.-Schein angegebenen Gebrechen hatte. Der falsche Delis nannte sich jetzt Peter Reinhardt. Nun nahm man die Mündener Zigeuner-Jentrale zu Hilfe. Aus dem Heinrich Heidorn bezog. H. Schuhmacher schaltete sich der im Jahre 1912 vom Vormerk. Jnt.-Regt. 118 defertierte Zigeuner Wlad. Weiz heraus. Bei Reinhardt stimmte die Sache. Beide hatten sich bis jetzt vom Heeresdienst auf Grund falscher Papiere gedrückt. Gegen 12 weitere Zigeuner, die in Pader festgenommen wurden, schwebt ein ähnliches Ermittlungsverfahren.

## Aus Frankfurt a. M.

### Vorwärts zum städtischen Landwirtschaftsbetrieb.

Von Herrn Stadtverordneten E. Hené wird uns geschrieben: Die Frage der Milchversorgung beschäftigt seit längerer Zeit die städtischen Behörden ganz besonders, und zwar namentlich auch deshalb, weil eine wesentliche Steigerung der Rohmilchzufuhr zu beobachten ist, während die Rohmilchzufuhr nachläßt. Der Milchverbrauch ist etwas eingeschränkt worden und nun mußten Maßnahmen ergriffen werden, um der Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel in genügender Weise zuzuführen.

Die städtischen Körperschaften haben zunächst zur Beschaffung der Säuglingsmilch Maßregeln getroffen, die schon zur Ausführung gelangt und binnen kurzem eine wesentliche Steigerung der Säuglingsmilchzufuhr herbeiführen werden.

Das Hospital zum Heiligen Geist hat den Bestand an Kühen in der Gemengungshalle „Hofenwald“ mehr als verdoppelt und „des“ Milchertag auf seinem Pachtgut Niedererlenbach der städtischen Milcherei zur Verfügung gestellt. In der Köpperner Anstalt hat das Pflanzgut der Anstalt für Jre und Epileptische den Milchbestand von 20 auf jetzt 80 Stück erhöht, dazu kommen 20 Stück Jungvieh und 50 Ziegen. Die Jrenanstalt selbst hat 12 Kühe zur Dedung ihres eigenen Bedarfs. Auf der von der Stadt gepachteten Dirmühle in der Wetterau, die an die Gemengungshalle Köppern grenzt, sind zurzeit 31 Milchkühe und 47 Ziegen eingestellt, auf dem Gut Maria hall 110 Stück, in der Hühle Bingerstrasse in Frankfurt 24 Stück, auf zwei anderen Pflanz in Braunsheim zusammen 56 Stück. Das Pflanzamt des Hospitals zum Heiligen Geist hat zurzeit 102 Milchkühe und 25 Stück Jungvieh sowie 25 Ziegen eingestellt. Auf dem Gut Dirmühle ist bereits ein Stall für weitere 25 Stück Milchkühe fertiggestellt und auch das Heilige-Geist-Hospital hat den neu neuere Ställe in Hohenwald und Niedererlenbach beschaffen. Auch auf dem Gut Köppern ist ein Stall für 100 und 100 in die Wege geleitet. Die Köpperner Anstalt hat zwei Futterhallen, vergrößert ebenfalls die Ställe, doch mangelt es selbst an einer großen Scheune. Die Stadt sollte nicht länger zögern, die Errichtung derselben zu beschließen, denn die bestehende Scheune ist nicht das Futter, das jetzt angesammelt werden muß, um den Milchbetrieb nicht ins Stocken geraten zu lassen. Dieser Milchbetrieb muß weiter ausgedehnt werden, er darf sich nicht nur auf die Dauer des Krieges beschränken. Die Aufgabe der Milchbeschaffung ist für die Stadt auch in Friedenszeiten von größter Bedeutung.

Demnach werden wir also mit rund 500 Stück Milchkühen rechnen können, welche einen täglichen Ertrag von durchschnittlich 5500 Liter Milch erwarten lassen. Es dürfte sich empfehlen, damit nicht halt zu machen, sondern die Einstellung von zunächst 1000 Milchkühen anzustreben. Es darf bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden, daß die Verwaltung der Köpperner Anstalt und der Dirmühle in rührigen und durchaus fachverständigen Händen liegt, welche die Gewähr für ökonomische Wirtschaft bietet.

Die Stadt muß auch der Fleischversorgung ihre Aufmerksamkeit zuwenden und die vor dem Kriege verfahrensweise eingeführte Viehhaltung systematisch ausbauen. Im Interesse der Fleischversorgung der Bevölkerung liegt es, wenn die Stadt, welche ja im Jahre 1913 mit dem Kreis Wetterburg einen auf sechs Jahre laufenden Pachtvertrag abschloß, nach Beendigung des Krieges das Projekt in vollem Umfang wieder aufnimmt.

Auch die Anfänge der Schweinezucht sind vielversprechend. Die Zahl der auf den Niederhöfen und auf der Justizstelle am Griesheimer Fußpfad untergebrachten Schweine dürfte zurzeit insgesamt 700 Stück erreicht haben. Darunter befinden sich 12 Muttertiere und 2 Eber. Es ist ersichtlich, wie sich die Tiere unter der geschulten Betriebsleitung des Betriebsleiters entwickeln. Es steht zu hoffen, daß die Schweinezucht weiter ausgebaut und vervollkommen wird und wir in einigen Monaten über einen Bestand von 1500 bis 2000 Schweinen verfügen können.

Und was könnte in den Gütern Köppern, Dirmühle — von Hohenwald und Niedererlenbach ganz abgesehen — geschehen? Köppern umfaßt ungefähr 40 Hektar, Dirmühle ungefähr 30 Hektar. Diese beiden großen Güter eignen sich ganz besonders für die Anlagen einer großzügigen Schweinezucht, zumal auf der Dirmühle mit 40 Schweinen, die hervorzuheben werden, ein vielversprechender Anfang gemacht worden ist. Die Anstalt für Jre und Epileptische hat bereits zur Dedung des Bedarfs der Anstalt 30 Schweine eingestellt. Die Verwaltung der beiden Güter hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, den Gemengungshalle zu fördern. In Köppern sind bereits ungefähr 15 Hektar Gemengungshalle



angelegt und die Erweiterung der Anlage wird im Auge behalten. Nicht nur Sommergemüse, auch Wintergemüse soll in großem Maße gezogen werden, ebenso soll die Bienenkultur auf rationelle Weise betrieben werden.

Arbeitet man in dieser Weise fort, so wird in absehbarer Zeit die Stadt Frankfurt in der Lage sein, Erleichterungen für die Bevölkerung herbeizuführen, wenn durch irgendwelche Verhältnisse die Beschaffung wichtiger Lebensmittel erschwert wird. Man darf also den Schritt „Vorwärts zum Städtischen Landwirtschaftsbetrieb“ freudig begrüßen.

### „Akademische „Arbeit“.

Aus Studentenkreisen schreibt man uns: An der Universität Frankfurt wird nicht genug gearbeitet! Zu diesem Urteil gelangt man, wenn man gewisse unbetretene Tatsachen kritisch prüft. Von den älteren deutschen Universitäten hat die jüngste deutsche Hochschule den Besuch oder richtige Teilnahme übernommen, das Semester später zu beginnen und es früher zu schließen als es amtlich festgelegt ist. Auf diese Weise gehen ungefähr acht Wochen im Studienjahr für die Semesterarbeit verloren. Das Sommersemester 1916 wird knapp drei Monate umfassen, so daß man es schon besser als Wintersemester bezeichnen kann; es begann offiziell am 28. April und wird schon Ende Juli oder Anfang August endigen. Der offizielle Beginn hätte eigentlich am 15. April sein sollen, allein der späte Termin des Osterfestes hat offenbar die Dinaufstellung des offiziellen Semesterbeginns bewirkt, wie uns scheint: überflüssiger Weise. Es hätte genügt, wenn man zu Ostern ein paar Tage freigegeben hätte, aber das wäre natürlich ein scharfer Bruch mit der bisherigen Praxis gewesen!

Es macht nun wirklich keinen erhebenden Eindruck, wenn man am Tage des verspäteten offiziellen Semesterbeginns das Universitätsgebäude betritt und feststellen muß, daß überhaupt noch keine Vorlesung gehalten wird, ja, daß die Herren Dozenten in ihrer überwiegenden Mehrzahl überhaupt noch keine Anschläge am „Schwarzen Brett“ über den Beginn ihrer Vorlesungen gemacht haben. Die meisten Anschläge, die man entdeckt, nehmen sich auf der letzten letzten Seite auf wie einsame Inseln im Wellenmeer. Das hat allerdings den Vorteil, daß die wenigen anwesenden Studenten recht schnell mit dem „Studium“ dieser Anschläge fertig werden.

Wenn man ein frischergebackener Student ist, der den Besuch des verspäteten Semesterbeginns noch nicht kennt, 14 Tage zu früh eintrifft, dann kann er von allen Kommilitonen auf seine verwunderte Frage nach dem Grunde dieser Einrichtung die Erklärung hören: die Professoren warten auf die Studenten und die Studenten warten auf die Professoren. In diesem Scherz steht entschieden ein Körnchen Wahrheit. Man kann wirklich nicht verlangen, daß die Professoren vor leeren Bänken ihre Vorlesungen beginnen sollen, und kann es den Studenten nicht übel nehmen, wenn sie nicht früher als es unbedingt nötig ist, am Stube der alma mater erscheinen.

Man sollte aber annehmen, daß dem bisherigen Willkür des verspäteten Semesterbeginns und verspäteten Semesterchlusses ein Ende gemacht werden könnte, wenn an den maßgebenden Stellen nur die Einsicht vorhanden wäre, daß es so nicht weiter gehen kann, und der Wille bestünde, auf diesem Gebiete reformierend vorzugehen.

Es wäre natürlich sehr erfreulich, wenn die maßgebenden Stellen alles daran setzten, die jüngste deutsche Hochschule zu einer richtigen Arbeitsuniversität zu machen. Ob wir nicht einem unberechtigten Optimismus laiden, wenn wir einen solchen Wunsch aussprechen, das wollen wir dahingestellt sein lassen. Im Grunde ist es gar nicht etwas Neues, was da verlangt wird; in Wirklichkeit bedeutet es nur die Wiederherstellung eines früheren, besseren Zustandes, wenn das Semester pünktlich beginnt und pünktlich schließt. Noch in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts pflegten namhafte deutsche Hochschullehrer die offiziellen Termine genau einzuhalten, so, sie lassen teilweise noch über den offiziellen Schluß des Semesters hinaus, ein für heutige Verhältnisse ganz unerhörter Vorgang! Damals konnte man aber die Art der akademischen „Arbeit“ nicht, wie sie unsere heutigen pflegen.

### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Wie im Vormonat Juni machte sich auf dem Arbeitsmarkt hauptsächlich unter der Einwirkung der stark beschäftigten Metallindustrie ein Mangel an Arbeitskräften in fast allen Berufen bemerkbar. Mit Ausnahme der Landwirtschaft wurden in sämtlichen Abteilungen weniger Stellen vermittelt, doch war auch das Angebot an Arbeitsuchenden entsprechend geringer. Angezogen einer weniger dringenden Beschäftigung scheinen bevorzugt zu werden, doch machen sich dieselben bei dem allgemeinen Arbeitsmangel wenig spürbar. Infolge der beginnenden Ernte wurden in der Landwirtschaft in etwas verstärkter Weise Arbeitskräfte angefordert, dem auch zum überwiegenden Teil entsprochen werden konnte. Im Metall- wie auch im Holzgewerbe wurden die Arbeitsuchenden reiflich vermittelt, die gemeldeten offenen Stellen kamen nur zu einem Bruchteil zur Befreiung. Nach Sattlern, Tapezieren und Weißbändern herrschte ebenfalls rege Nachfrage, die Bewerber fanden stets passende Stelle. Im Bau- gewerbe wurden Maurer, Zimmerleute usw., zum Teil nach auswärts stark gewünscht, jedoch den Anforderungen nicht zur Genüge entsprochen werden konnte. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe war nach Schneidern und Schuhmachern weiter starke Nachfrage, auch hier konnten nicht alle Stellen besetzt werden. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war die Nachfrage groß, die offenen Stellen für Arbeiter konnten alle besetzt werden, an Arbeitsuchenden herrschte ein geringes Ueberangebot. Die Vermittlungstätigkeit im Regenergewerbe lag fast still. In der Gruppe der un- und angelernten fand die Zahl der Vermittlungen erheblich (um rund 250), und ebenfalls in der Abteilung der Jugendlichen. In beiden Teilen waren erheblich weniger Arbeitsuchende zu verzeichnen, jedoch anzunehmen ist, daß ein Teil derselben Dauerstellung gefunden hat. Im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe hielt sich die Nachfrage auf der ungefähren Höhe des Vormonats, an Bedienten und Hilfs- personal mangelte es zu etwa 1/3 der Aufträge. In der weibl. Abteilung nahm ebenfalls die Vermittlungstätigkeit gegen den Vormonat ab. Nach hier wurden in allen Abteilungen erheblich weniger Arbeitsuchende vorgemerkt, da weibl. Arbeitskräfte mehr und mehr Eingang in die Industrie finden und dort verbleiben. In weibl. Hotel- und Wirtschaftspersonal hielt sich die Vermittlung auf der selbigen Höhe, konnte sogar noch um einiges verbessert werden. In der Abteilung für Kaufm. und techn. Angestellte standen 156 neuen Arbeitsuchenden 71 offene Stellen gegenüber, von denen mit Einschluß der aus dem Vormonat übernommenen nicht besetzten Stellen 33 vermittelt wurden. Insgesamt betrug bei dem Städt. Arbeitsamt die Zahl der offenen Stellen 4429 gegenüber 5408 im Vormonat, der Stellenuchenden 4005 gegenüber 5143 im Vormonat, besetzten Stellen a) männl. 1858 gegenüber 2280 im Vormonat, b) weibl. 1502 gegenüber 1760 im Vormonat, zusammen 3360 gegenüber 4040 im Vormonat.

### Zum Frankfurter Parteistreit.

Der Parteivorstand schreibt der Parteipresse: Durch die Presse geht eine auf dem letzten Frankfurter Bezirksparteitag beschlossene Resolution, in der behauptet wird, der Parteivorstand habe das Vorgehen der Kreisorganisation Frankfurt a. M. die ihren Bezirks- weitung dem Bezirkssekretariat nicht abgeliefert habe, gesch. indem er den Agitationsausdruck für den Bezirk statt der angeforderten 1200 Mark auf 600 Mark festgesetzt habe. Demgegenüber sei bemerkt: Da der erweiterte Bezirksvorstand ein Plakat herausgab und im Bezirk verbreitete, in dem zum Plakat des Frankfurter Parteivorstands aufgeführt wurde, beizufügen die Kreisorganisation Frankfurt, ihren Bezirksbeitrag zurückzuhalten, damit nicht ihre Mittel noch zur Bekämpfung ihres Zeitungsunternehmens verwendet würden. Obwohl der Beschluß der Frankfurter Genossen

nach dem in der Partei wohl einzig dastehenden Vorgehen des erweiterten Bezirksvorstandes erklärlich erscheint, ersuchte der Parteivorstand den Frankfurter Bezirksvorstand, die Bezirksbeiträge an den Vorsitzenden der Bezirksorganisation abzuführen, der dafür Sorge zu tragen hätte, daß sie schließlich im Interesse der Partei Verwendung finden.

Dem Antrag des Bezirksvorstandes auf Verwilligung eines Zuschusses von 1200 Mark konnte, ebenso wie ähnlichen Anträgen aus anderen Teilen des Reiches, aus finanziellen Gründen nicht in der geforderten Höhe entsprochen werden. Die Herabsetzung auf 600 Mark war in diesem Falle umso unbedenklicher, als eine Einsicht in die Kassenabrechnung des Bezirks ergab, daß die Bezirksorganisation mit diesem Betrag auskommen konnte, wenn sie ihre Ausgaben unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse auf das durch das Parteinteresse gebotene Maß beschränkte.

Der in der Resolution gegen den Parteivorstand erhobene Vorwurf, er verführe die jahrelange mühselige Organisations- und Agitationsarbeit des Bezirks, bedarf danach wohl nicht der besonderen Nachschärfung. Er nimmt sich besonders wirkungslos aus im Munde von solchen Genossen, die in der jetzigen schweren Zeit ein Konflikt-Plakat gegen ihr eigenes Parteiorgan herausgeben und in weitesten Kreisen verbreiten.

Für wurde der Kriegswohlstand. Die Herren A. und C. von Weinberg haben, wie die „Spornwelt“ meldet, aus Anlaß des Festes von Amario 25.000 Mark für Zwecke der Kriegswohlstand gegeben, und zwar: 10.000 Mark der Volkshilfe für die deutschen Kriegsgefangenen, 10.000 Mark der Generalkassensammlung der Kriegshilfsvereine in Frankfurt a. M., 3000 Mark dem Frankfurter Kreisverband für Kriegsbeschädigten-Fürsorge, 2000 Mark für verschiedene Hamburger Anstalten. Ferner hat Herr Carl von Weinberg eine neue Note von 5000 Mark seiner Wohngemeinde Schwanheim zugunsten der infolge des Krieges Notleidenden überreicht.

Höchstpreise für Frühkartoffeln. In den am Mittwoch festgefundenen Volksversammlungen wurde u. a. auch die Forderung erhoben: Abgabe der Frühkartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung zum ermäßigten Preis. Diesem Verlangen ist der Magistrat nachgekommen. Nach einer Verordnung im Anzeigerblatt beträgt von heute ab der Kleinhandelspreis für Frühkartoffeln auf die Vergünstigungs- Karte für Kinder und Jugendliche für 5 Pfund 48 Pfg. Der gewöhnliche Preis ist 11 Pfg. für das Pfund oder 55 Pfg. für 5 Pfund. Wie bei den alten Kartoffeln, erhalten die Inhaber der Vergünstigungs- Karte die Frühkartoffeln bei 5 Pfund um 7 Pfg. billiger. Diese Differenz von 7 Pfg. bekommen die Händler bei Einlieferung der Vergünstigungskarte bei den städtischen Verkaufsstellen vergütet. Es ist also darauf zu achten, daß die Händler auf die Vergünstigungskarte sich nicht mehr als 48 Pfg. für 5 Pfund zahlen lassen.

Kriegsgemeinschaft. Der Verwaltungsrat der Palmengarten-Gesellschaft hat beschlossen, im Laufe dieses Herbstes wiederum eine Ausstellung zu veranstalten. Bestand die vorjährige vorwiegend aus reichen Sortimenten der Kartoffelkultur, so soll zwar diese auch jetzt wieder vertreten sein, doch wird in erster Linie beabsichtigt, die zahlreichen allgemein gemeinnützigen Produkte vorzuführen, wie solche Feld und Gärten in Stadt und Land liefern. Diese Kriegsgemeinschaft wird dann auch ein Bild davon geben, welche Arten und Formen des Kriegsgartenbaus sich speziell unter den jeweiligen Verhältnissen bewährt haben. Sie wird aber auch die Gemische zeigen, die in anderen Gärten kultiviert werden. An der Vorführung von Neuheiten beabsichtigen sich namhafte deutsche Gärtner zu beteiligen. Von schon im vorigen Jahre ein großes Interesse für eine solche Ausstellung in allen Fach- und Laienkreisen vorhanden, so dürfte die geplante dem Geist der Zeit noch mehr entsprechen und durch ihre Vorbereitungen weiteren Nutzen stiften.

Zuckerverkauf. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die letzten ausgegebenen, vom 10. J. 1916, ab gültigen Zuckerscheine, denen der Ausdruck der zu verarbeitenden Zuckermenge fehlt, zum Einkauf von 400 Gramm Zucker, also wie bisher, berechneten.

Luftbäder. Man schreibt uns: Die Sommerferien kommen heran — die gemieteten Sommerferien im Kriege. Das Sparen ist mehr als sonst für viele Familien notwendig geworden und das Bedürfnis, sich von der Hitze und den Aufregungen des Arbeits- jahres zu erholen, größer denn je. Da sei wiederum auf die beiden Luftbäder unserer Stadt, Eschersheimer Landstraße 352 und Oberer Schafhofweg 60 (Schafhofen) aufmerksam gemacht, die in geeigneten Höhlen mindestens ebenso gute Einwirkungen bringen, wie ein Aufenthalt auf dem Lande oder im Seebad. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß zu einem erquickenden Aufenthalt im Luftbad Sonnenschein notwendig ist. Bei vernünftigem Verhalten werden in regnerischen Zeiten ebenso gute Erfolge in Bezug auf Abkühlung, Abhärtung, Gewichtszunahme erzielt, als bei sonnigem Wetter. Während der Vormittagsstunden der Sommerferien ist in beiden Luftbädern sachverständige Aufsicht anwesend. Benutzende, die keine Ferien haben, sollten das Luftbad je nach der Temperatur in der Mittagspause oder abends aufsuchen; sie werden dort bessere Entspannung finden, als in ihrem Zimmer oder in einer Speisekammer! Soweit es die derzeitigen Verhältnisse erlauben, können einfache Mahlzeiten dort eingenommen werden.

Töblicher Unfall. In einer Maschinenfabrik der Mainzer Landstraße geriet Samstag nachmittag der 57jährige Schreiner Wilhelm Kimmelfein so unglücklich in einen Warenaufzug, daß ihm der Kopf vom Rumpf getrennt wurde.

Schwerer Jagdunfall. Ein schwerer Jagdunfall trat Samstag abend im Duhdager Walde zu. Der 42jährige Lehrer Joseph Schmidt aus Sachfenhausen, Stegstraße 77, hürte dort von einem 4 Meter hohen Ast aus und trug dabei außer einem schweren Oberschenkel- bruch noch erhebliche Verletzungen an den Augen und am Wunde davon. Schmidt wurde Sonntag früh von Duhdager dem hiesigen Städtischen Krankenhaus zugeführt.

Schwerer Automobilunfall. Am Sonntag mittag halb 1 Uhr rannten Gede Göttrich und Leberbachstraße zwei Autos so heftig aufeinander, daß die Insassen aus dem Wagen geschleudert wurden. Vier Insassen wurden erheblich verwundet.

Wem gehören die Sachen? Bei einem hier festgenommenen Manfardeneindringler wurde eine Geldtasche, eine schwarze Leder- tasche und ein photographischer Apparat vorgefunden. Er will diese Sachen bei einem Manfardeneindringler in der Nähe des Güterbahn- hofes hier gestohlen haben. Beschädigte wollen sich bei der Kriminal- polizei, Zimmer 412, nachmittags von 3—4 Uhr melden.

### Sozialistische Kommunalwahlstege in Amerika.

M. Reunert, 6. April 1916. Die vorgestern in einer Reihe amerikanischer Städte vorgenommene Kommunalwahlen haben der sozialistischen Partei Erfolge gebracht, welche zu der bestimmten Hoffnung auf eine starke Stimmzunahme bei den im November d. J. stattfindenden Präsidentschaftswahlen berechtigen.

Milwaukee, eine Stadt von 400.000 Einwohnern, hat in dem Genossen Daniel W. Hoan wiederum einen sozialistischen Mayor (Oberbürgermeister) erhalten, und zwar dieses Mal unter solchen Umständen, daß „Die Arbeiter“ als sicherer sozialistischer Besitz bezeichnet werden darf. Als der Genosse Emil Seidel 1910 zum Mayor gewählt wurde, standen ihm zwei bürgerliche Kandidaten, der Republikaner Weiser und der Demokrat Schoener, gegenüber. Wie hierzulande fast allgemein, genügt auch bei den Kommunalwahlen in Milwaukee die relative Mehrheit zum Sieg eines Werbers. Daran erklärt es sich, daß die Sozialisten 1910 in Milwaukee, obwohl Widerstandspartei, das Rathaus eroberten.

Zwei Jahre später ging der Wismaroch zusammen; Genosse Seidel, der wiederum als sozialistischer Mayors-Kandidat aufgestellt war, unterlag dem republikanisch-demokratischen Sammelkandidaten Robing, der eine Mehrheit von 13.000 Stimmen erhielt, obwohl die Zunahme der sozialistischen Stimmen 2000 betrug. Von den 23 Stadtrat-Mandaten fielen nur 7 an die Sozialisten. Auch 1914 gelang es unseren Genossen noch nicht, der Fusion Herr zu werden. Aber vorgestern wurde, wie schon Eingangs erwähnt, der Genosse Hoan, seit 1910 Stadtmayor, mit 30.433 gegen 28.878 Stimmen, welche auf den von den Republikanern, Demokraten, Progressiven usw. unterstützten bisherigen Mayor Rading fielen, zum Stadtober- haupten erkoren. Nach einem eigens für die Stadt Milwaukee zum Zwecke der Niederhaltung der dortigen sozialistischen Partei erlassenen Gesetze können sich bei der eigentlichen Wahl nicht mehr als zwei Bewerber um den gleichen Posten gegenüberstellen. In Milwaukee errang Hoan also die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei den Stadtratwahlen gewannen die Sozialisten drei Mandate, aber sie bleiben, da das Stadtparlament je zwei Jahre nur teilweise erneuert wird, in denselben in der Mehrheit.

Bei der Bürgermeisterwahl in Milwaukee (Wisconsin) erhielt der Genosse David Rose 979, sein Gegenkandidat Waff 815 Stimmen. Rose ist somit gewählt. Nächst ihm drangen noch zwei sozialistische Stadtrat-Kandidaten durch.

In Chicago, der zweitgrößten Stadt der Vereinigten Staaten, hat sich die Zahl der sozialistischen Stimmen innerhalb eines Jahres beinahe verdoppelt; sie liegt von 24.452 im Jahre 1915 auf 45.779 bei der vorgestrierten Wahl. Der Genosse M. G. Rodriguez, welcher, wie vom sozialistischer Seite noch immer zugegeben wurde, seine erstmalige Wahl in den Stadtrat einer Reihe günstiger und zufälliger Umstände verdankte, erhielt vorgestern im 15. Stadt- bezirk 8067 Stimmen, während für den demokratischen Bewerber 2130 und für den Republikaner 4068 Stimmen gezählt wurden. Rodriguez erlangt also die absolute Mehrheit, so daß der 15. Stadt- bezirk als bisheriger sozialistischer Bezirk betrachtet werden darf. Der Genosse Rodriguez dieses Mal nicht aus dem Stadtrat ausschied, so hat die sozialistische Partei wiederum zwei Sitze inne. Zwar keine Zunahme der Mandate, aber ein Wachstum der Wähler- stimmen, das sich sehen lassen kann! Und das ist die Hauptsache.

### Neues aus aller Welt.

Mord in Lübeck. Die 76jährige, in einem abseits stehen- den Hause allein wohnende Witwe Green wurde heute morgen ermordet aufgefunden. Alle Schränke und sonstigen Behälter der Wohnung waren erbrochen und durchwühlt. Als Täter wurden zwei Hamburger Arbeiter, Aneesh und Niemann, ver- haftet. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Brand eines Kaffeehauens. Dem „Corriere della Sera“ zufolge brach in den großen Kaffeehauens der Insel Salina, ungefähr 40 Kilometer von Stromboli entfernt, eine riesige Feuersbrunst aus, die sich auf drei kleine Gemeinden der Insel ausdehnte. Da die Schifffahrt wegen Kohlenmangel unterbrochen ist, kann für die bedrohte Insel nichts getan werden.

Eine verunglückte Parade. Bei einer feierlichen Parade über gelandete kanadische Truppen in Petersburg, der zahl- reiche Persönlichkeiten des Hofes und der englischen Botschaft beiwohnten, ereignete sich ein schlimmer Zwischenfall. Die Soldaten münzten einen Handgranatenangriff. Dabei war ein Offizier eine Granate so ungeschickt, daß die aufschaukelnde Lady Subill Grey, die Vorsitzende des englischen Komitees von Spitzkern getroffen wurde, die ihr die Wade und den Oberkörper abriß.

### Telegramme.

#### Vertrauensvotum des französischen Senats.

Paris, 10. Juli. (B. P. Nichtamtlich.) Der Senat beendete die Erörterungen der Anträge betreffend nationale Verleibung und nahm mit 251 gegen 6 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

### Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

E. G. m. b. H.

Bureau und Zentrallager: Göhenstraße 17. — Telephon 490 u. 6140.

#### 1 Waggon

### Frische Fische

eingetroffen.

Ia Schellfische . . . Pfund 25 ~

Ia Schollen . . . . . Pfund 18 ~

Ia Cabliau, ohne Kopf Pfund 35 ~

W 1387 Der Vorstand.

### Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49

#### Billige Speisen und Getränke.

Regelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Anlässen bestens empfohlen. 0108

### In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Vertraut von Suttner

Die Waffen nieder

Gebunden 2 Bde. 2. Aufl. 20 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M. Gr. Str. 11